

Sověťizace Východní Evropy. Země střední a jihovýchodní Evropy v letech 1944–1948. [Die Sowjetisierung Osteuropas. Die Länder Mittel- und Südosteuropas in den Jahren 1944–1948.] (Práce Historického Ústavu AV ČR, Řada C - Miscellanea, Bd. 12.) Praha 1995. 284 S.

Mitarbeiter des Historischen Instituts der Karls-Universität in Prag haben ein Buch vorgelegt, das weite Kreise interessieren wird, da es wohl die erste Arbeit über die frühe Nachkriegszeit in Ostmitteleuropa darstellt, die auch aus diesem Teil Europas kommt. Die Arbeit gliedert sich in neun Teile: je ein Kapitel zu jedem ostmitteleuropäischen Staat (mit Griechenland, aber ohne Ungarn und die DDR) und zwei zusätzliche Aufsätze zu „Sowjetisierung, Volksdemokratie und Kommunismus“ und „Geopolitik und Revolution.“ Die einzelnen Kapitel sind solide und kenntnisreiche Analysen der innenpolitischen Konstellationen der jeweiligen Länder mit häufigem Bezug auf die sowjetische Politik. Der konsequent vergleichende Ansatz des Buches ist in der neueren Literatur unübertroffen: Er zeigt auf überzeugende Weise, wie diese sehr verschiedenen Staaten sehr ähnliche Phasen durchlaufen haben.

Trotz des Primats der sowjetischen Außenpolitik, der aus diesem Vergleich resultiert, warnt der Polenexperte Jiří Vykoukal in seinem einleitenden Aufsatz davor, die frühe Nachkriegszeit als einen zwangsläufig auf Exzesse der fünfziger Jahre hinauslaufenden Prozeß zu sehen. Die Volksdemokratien hatten auch eine eigene Entwicklungsdynamik und viel gemeinsam mit den westeuropäischen Ländern jener Epoche: eine starke Linke, breite Sympathie für die Sowjetunion und den Sozialismus, enorme Aktivität der Gewerkschaften und massive Verstaatlichungen (S. 27). Dieser Band wird aber nicht zur revisionistischen Literatur gerechnet werden dürfen, da die Beiträge existierende Positionen kaum explizit aufgreifen oder kritisch hinterfragen. Obwohl die einzelnen Autoren die jeweilige Fachliteratur zu ihren Ländern meist detailliert wiedergeben, fehlt jeder Hinweis auf einige Standardwerke, vor allem derjenigen von Z. K. Brzezinski, aber auch J. Rothschild und J. K. Hoensch. Das Werk von Hugh Seton-Watson wird im letzten Aufsatz gerade noch zitiert, aber bei der einleitenden Diskussion über die „Phasen“ der Sowjetisierung wird auf sein klassisches Modell kein Bezug genommen. Außer im Falle der Tschechoslowakei werden keine neu zugänglichen Quellen ausgewertet.

Zwei grundlegende Fragen werden durch dieses sehr lesenswerte Buch geradezu provoziert: 1. Was bedeutet Sowjetisierung, und 2. Welche Staaten soll man zum sowjetisierten Osteuropa rechnen? Die Autoren gehen davon aus, daß mit Ausnahme Griechenlands alle hier analysierten Staaten etwa sechs Phasen durchliefen, von der Gründung der jeweiligen Volksfront bis zur endgültigen „Liquidierung der unabhängigen politischen Subjekte“ spätestens im Jahre 1948 (S. 37). Am Ende seien die Staaten Ostmitteleuropas zu „Kopien des sowjetischen Regimes“ (S. 9) geworden. Problematisch an dieser Darstellung erscheint die Tatsache, daß die eigentliche Übertragung sowjetischer Modelle – in Industrie, Landwirtschaft oder Kultur – erst nach dieser Frühphase vonstatten ging. Wie aber soll man diesen Prozeß benennen, wenn nicht Sowjetisierung?

Das Problem ist mehr als nur rhetorischer Art; es geht um eine Historisierung der Nachkriegszeit in Ostmitteleuropa. Nicht nur die frühen Nachkriegsjahre sind bislang als „fiktive Vergangenheit, außerhalb der Zeit stehend“ (S. 36) dargestellt worden, sondern vor allem die darauf folgende Stalinzeit. Diese und die anschließende Periode als „Totalitarismus“ auszulegen, verschleiert wichtige Unterschiede in der Durchsetzung des sowjetischen Modells in Ostmitteleuropa, die ihre Ursachen primär in der Geschichte des jeweiligen Landes haben. In Polen beispielsweise sahen Agrar-, Intelligenz-, Kader- oder Kirchenpolitik anders aus als in der Tschechoslowakei, in Ungarn oder der DDR. Die Autoren des Bandes schließen die DDR aus ihren Erwägungen aus, weil ihre Entwicklung „spezifisch“ (S. 4) gewesen sei. Aber gerade aus der Spezifik

der SBZ/DDR kann man eine Menge über die Prozesse des Übertragens von sowjetischen Modellen auf die übrigen Länder lernen. Nirgends sonst gab es so viele sowjetische Berater, nirgends sonst haben die einheimischen Kommunisten die Aufgaben des Übertragens sowjetischer Modelle so gründlich verstanden und beherrscht. Die Erfolge und Mißerfolge der „Sowjetisierung“ der DDR, z. B. in der Intelligenz- oder Agrarpolitik, helfen dabei das sonstige Ostmitteleuropa besser zu verstehen als etwa die Entwicklung Jugoslawiens, das frühzeitig aus dem sowjetischen Block ausschied. Die Kommunisten der DDR, Polens und der Tschechoslowakei betrachteten einander als Bezugspunkte und verstanden auch Bulgarien oder Rumänien als für die eigene Entwicklung weniger maßgebende Fälle. Weniger relevant waren diese Länder aus historischen Gründen: Sie entstammten einer anderen politischen Kultur und hatten unterschiedlich strukturierte Wirtschaften und Gesellschaften. Der vorliegende Band konzentriert sich vor allem auf die hohe Politik – das Ausschalten von Oppositionsparteien beispielsweise – und verliert etwas den Blick für die Unterschiedlichkeit der jeweiligen Gesellschaften. Aber gerade wenn man im Sinne Vyroukals gegen Thesen der Gleichförmigkeit vorgehen und die relative Autonomie landesspezifischer Entwicklung hervorheben möchte, muß man die Ebene der hohen Politik verlassen, um die Situation von Arbeitern, Bauern, Unternehmern, Frauen, Studenten usw. zu analysieren. Bis zu welchem Grade unterstützte zum Beispiel die tschechische Arbeiterschaft den Umsturz des Jahres 1948? Solche Fragen zeugen von den Grenzen, aber auch den Leistungen dieses Buches. Wie kaum ein anderes in den letzten Jahren fordert es den Leser ständig heraus, vergleichend zu denken und überkommene Positionen neu zu durchdenken. Mag er mit den Verfassern einer Meinung sein oder nicht, der Leser wird im eigenen Denken vorwärtskommen.

Berkeley

John Connelly

Eva Rimmele: Sprachenpolitik im Deutschen Kaiserreich vor 1914. Regierungspolitik und veröffentlichte Meinung in Elsaß-Lothringen und den östlichen Provinzen Preußens. (Münchner Studien zur neueren und neuesten Geschichte, Bd. 17.) Peter Lang – Europäischer Verlag der Wissenschaften. Frankfurt/Main, Berlin, Bern, New York, Paris, Wien 1996. 190 S., 3 Ktn. i. Anh.

In der vorliegenden Studie wird versucht, die Sprachenpolitik der deutschen Regierung in zwei Randgebieten des Reiches darzustellen und zu vergleichen. Dazu werden die Bevölkerungsverhältnisse und die jeweilige Regierungspolitik herausgearbeitet und die Bedeutung dieser Sprachenpolitik für das Schulwesen untersucht. In einem weiteren Punkt berücksichtigt die Vf.in auch das für diese Frage wichtige preußische Versammlungsrecht und den Sprachparagraphen des Reichsvereinsgesetzes von 1908.

Das Buch ist aus einer Magisterarbeit hervorgegangen. Bei Berücksichtigung dieser Tatsache ist die außergewöhnliche Reife der Bearbeitung zu betonen und die hohe Zahl der genutzten Quellen und der Werke aus der Fachliteratur anzuerkennen. Auch der grundsätzlich gelungene Versuch des Vergleichs zwischen der Sprachenpolitik im Westen und im Osten des Kaiserreiches verdient Beachtung. Einer Diskussion bedürfen nur einige Feststellungen, die im Einführungskapitel („Rahmenbedingungen“) aus der Literatur zitiert werden. Meine Ergänzungen haben das Ziel, die Informationsbasis zum Thema zu vertiefen, und sind in diesem Sinne nicht als kritische Bemerkungen zu verstehen. Meine Besprechung beschränkt sich dabei auf die Problematik der Sprachenpolitik im Osten.

Charakteristisch für die benutzte Literatur ist, daß sie keine polnischsprachigen Arbeiten und nur vier Übersetzungen aus dem Polnischen umfaßt. Aus den polnischen Archiven in Posen, Bromberg und Danzig finden wir im Quellenverzeichnis und in den